



PLATFORM
FOR ANALYTICS
AND INTERCULTURAL
COMMUNICATION
(PAIC)

KLARTEXT: UKRAINISCHE THINK TANKS IM GESPRÄCH

CEDOS

In der mittelfristigen Planung der ukrainischen Regierung bis 2020 wird der Bildungsreform ein hoher Stellenwert beigemessen. Von Beginn an legte der Think Tank CEDOS seinen Schwerpunkt auf die Analyse der staatlichen Bildungspolitik. CEDOS erstellt fundierte analytische Publikationen und beobachtet kontinuierlich den ukrainischen Bildungsbereich. Yegor Stadny, Experte für Bildungsfragen bei CEDOS, beschreibt im Interview die Entstehung des Think Tanks und dessen wichtigste Projekte. Er äußert seine Ansichten über die Herausforderungen bei dieser Bildungsreform, vor denen die Regierung, aber auch die ukrainische Expertengemeinde stehen.

Kiew, 2017





Über das Projekt

Das Projekt „**Platform for Analytics and Intercultural Communication**“ (PAIC) hat zum Ziel, die Fachexpertise ukrainischer Think Tanks auszubauen, Synergien zwischen ukrainischen und europäischen, vor allem deutschen, Denkfabriken zu fördern und das Verständnis für die Bedeutung interkultureller Kompetenzen zu erhöhen. Das Projekt wird vom Institut für Europäische Politik e.V. (IEP, Berlin) in Zusammenarbeit mit der International Renaissance Foundation (IRF, Kiew), der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF, Kiew) und der Denkfabriken-Initiative „think twice UA“ (Kiew) mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes durchgeführt.

Projektpartner:



Über die Interviewreihe

Die Interviewreihe zielt darauf ab, ukrainische Denkfabriken sowohl in der Ukraine als auch in Deutschland der breiten Öffentlichkeit präsenter zu machen und ein Bild von der Denkfabriken-Landschaft und den allgemeinen Entwicklungen in der Ukraine zu vermitteln. Besonderes Augenmerk wird auf Herausforderungen gelegt, mit denen ukrainische Think Tanks konfrontiert werden, sowie auf deren Rolle bei der Umsetzung von Reformen in der Ukraine.

Verantwortlich für die Interviewreihe

Das Institut für Europäische Politik wurde 1959 als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration gegründet. Das Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen. Dabei ist es Aufgabe des Instituts, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern. www.iep-berlin.de

think twice UA wurde 2016 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative gegründet, um die Fachkompetenz und Präsenz von Denkfabriken im öffentlichen Raum zu fördern. Zu ihren Aufgaben zählt die Stärkung der Expertise im Bereich Policy Analysis mit dem Ziel, positive Entwicklungen und die tiefgehenden Transformationsprozesse in der Ukraine voranzubringen. www.thinktwiceua.org

Die vorliegende Publikation gibt ausschließlich die Meinung des Befragten wieder und repräsentiert weder die offizielle Position der beteiligten Organisationen noch die des Auswärtigen Amtes.

Redaktionsteam

Herausgeber: Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor, IEP

Leitende Redaktion: Ljudmyla Melnyk, IEP

Redaktion: Yvonne Braun, IEP

Interview: Olga Lvova, think twice UA

Übersetzung: Nina Hawrylow

Layout: Dmytro Mokryy-Voronovskyy

© Institut für Europäische Politik, 2017



CEDOS



Foto: CEDOS

Yegor Stadny ist Experte in Bildungsfragen, ehemaliger Direktor und derzeitiger Analytiker der Denkfabrik „CEDOS“. Darüber hinaus ist er Autor zahlreicher Publikationen über die Hochschulbildung in der Ukraine. Er hat an der Kiewer Mohyla-Akademie ein Magisterstudium in Geschichte und an der Universität Warschau ein Magisterstudium in Osteuropastudien abgeschlossen. Während seines Studiums war er Vorsitzender der Studentenschaft an der Mohyla-Akademie.

Der Think Tank „CEDOS“ wurde 2009 gegründet. Er ist eine der führenden ukrainischen Denkfabriken im Bereich Bildung. Zudem beschäftigt sich CEDOS mit Fragen der Migration und Stadtentwicklung.

<https://cedos.org.ua/en/>



Foto: CEDOS



Das Interview

Finanzielle Anreize als stärkster Reformantrieb im Bereich Hochschulbildung

*Olga Lvova,
think twice UA*

*Yegor Stadny,
CEDOS*

Wir haben jetzt ein viel besseres institutionelles Niveau als zu Beginn. Wir halten genaue Abläufe und Regeln ein, die Stabilität und Kontinuität sicherstellen.

Wir haben Mechanismen der Entscheidungsfindung und der Qualitätskontrolle eingeführt und berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat, die Mitarbeiter und die Geldgeber.

Das „Centre for Society Research“, der Vorgänger von CEDOS, wurde 2009 von Absolventen der Kiewer Mohyla-Akademie gegründet. Waren Sie einer von ihnen? Wofür steht „CEDOS“?

Ich bin 2012 dazugestoßen. „CEDOS“ ist einfach ein Name und als solcher auch Teil der Adresse unserer Webseite cedos.org.ua. Mir scheint, dass ein Name in erster Linie einprägsam sein muss. Ihn dann mit Inhalt zu füllen, ist Teil unserer Aufgabe – und das machen wir auch. Man kann aus jedem Namen eine Marke machen; das hängt davon ab, wie man arbeitet, ob man gute Qualität liefert und ob man Aufmerksamkeit bei potenziellen Interessenten wecken kann.

Was waren die Meilensteine bzw. die Höhen und Tiefen in der Geschichte von CEDOS?

Wir haben jetzt ein viel besseres institutionelles Niveau als zu Beginn. Wir halten genaue Abläufe und Regeln ein, die Stabilität und Kontinuität sicherstellen. Wir haben die Phase, in der die Organisation ein reiner „Interessenverband“ war, hinter uns gelassen. Das heißt, wir können als Organisation bestehen, wenn uns Kollegen verlassen, aber auch wenn viele neue Mitarbeiter auf einmal dazustoßen.

Ich weiß nicht, ob es in der Ukraine einen Think Tank gibt, dessen Direktor nicht von den Mitarbeitern gewählt, sondern von einem Aufsichtsrat aus externen Bewerbern ausgewählt wird. In unserem Fall waren darunter übrigens auch Bewerber, die früher bei uns gearbeitet haben und die es dann nicht auf diesen Posten geschafft haben. *Wir haben Mechanismen der Entscheidungsfindung und der Qualitätskontrolle eingeführt und berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat, die Mitarbeiter und die Geldgeber.* Darüber hinaus bieten wir unseren Mitarbeitern die Möglichkeit zur Weiterbildung sowie informationelle, finanzielle und institutionelle Sicherheit.

Wenn Sie die Zeit Ihrer Organisation vor und nach der Majdan-Revolution 2014 vergleichen, erkennen Sie da einen Unterschied?

Für eine lange Zeit vor der Revolution und sogar noch eine Weile danach waren wir mehr ein „Freundeskreis“ als eine Institution. Dies wirkte sich natürlich auf unsere Arbeit aus – sowohl im negativen als auch im positiven Sinn. Positiv daran war die Aufopferungsbereitschaft der Mitarbeiter, die es ermöglichte, als Organisation zu überleben.

Aber damit endet auch schon der positive Effekt, weil ein enger Freundeskreis in sich geschlossen ist und keine neuen Leute aufnimmt. Darin



Nicht die Majdan-Revolution hat uns verändert, sondern die institutionelle Förderung.

Ich sehe die Bildungsreform direkt nach der Reform des öffentlichen Dienstes und der Verteidigungsreform – wenn wir schon Plätze vergeben.

Ich denke, dass sich in der Ukraine im Bildungssektor nichts ändern wird, wenn die Finanzierung so bleibt, wie sie ist.

Viele notwendige Ausgaben können die Universitäten nicht ohne Zustimmung oder Abstimmung des Bildungsministeriums tätigen.

besteht der große Unterschied zu einer Institution, die einem bestimmten Prozedere folgt und festgelegte Vorgehensweisen hat, in der sich die Hierarchie nicht daran orientiert, wer ein enger Freund ist und wer nur ein Bekannter. Solche Strukturen sind bei uns durch die institutionelle Unterstützung im Rahmen der „Initiative zur Entwicklung von Denkfabriken“ der International Renaissance Foundation und des Think Tank Fund (TTF) sowie durch die finanzielle Unterstützung der Schwedischen Botschaft in der Ukraine entstanden. Wir haben verschiedene Modelle ausprobiert, auf dem Weg einige Blessuren davongetragen und mit der Zeit verstanden, dass es sich lohnt, sich um einen Aufsichtsrat zu bemühen, der mehr Aufgaben als die eigentliche Auswahl und Kontrolle des Direktors übernimmt. Uns ist das gelungen und mir persönlich gefällt es sehr gut. *Nicht die Majdan-Revolution hat uns verändert, sondern die institutionelle Förderung.*

An welcher Stelle steht für Sie in der Reihe aller Reformen die Bildungsreform?

Ich sehe die Bildungsreform direkt nach der Reform des öffentlichen Dienstes und der Verteidigungsreform – wenn wir schon Plätze vergeben. Bildung hat einen sehr hohen Stellenwert, weil wir nicht das benötigte Personal finden, das die Bildungseinrichtungen eigentlich hervorbringen sollten. Die Personalfrage betrifft jede Branche, denn alles steht und fällt mit qualifizierten Mitarbeitern, ihren Kompetenzen, ihrem Wissen etc.

Die Bildungsreform setzt sich aus drei Komponenten zusammen: aus der Reform der Hochschulbildung, mit der die Autonomie der höheren Bildungseinrichtungen erweitert, die akademische Integrität akzentuiert und die Abschlüsse den europäischen Anforderungen angepasst werden; aus der Reform der Schulbildung, mit der ein zwölfjähriges Schulsystem mit Oberschule, die einen fachspezifischen Schwerpunkt hat, eingeführt, die Zertifizierung von Lehrern etabliert sowie die Anzahl der Schulen dem Dezentralisierungsprozess und den neuen territorialen Einheiten entsprechend angepasst werden; und schließlich aus der Reform der Vorschulbildung, durch die die Eröffnung privater Kindergärten dezentralisiert wird.

Wo sehen Sie Schwachstellen in der Bildungsreform?

Ich denke, dass sich in der Ukraine im Bildungssektor nichts ändern wird, wenn die Finanzierung so bleibt, wie sie ist. Nehmen wir den Aspekt der finanziellen Autonomie als Beispiel: Universitäten müssen sich weiterhin im Bildungsministerium die staatlichen Kostenaufstellungen und die Ausgabenberichte bestätigen lassen und noch dazu auf dem Papier. *Viele notwendige Ausgaben können die Universitäten nicht ohne Zustimmung oder Abstimmung des Bildungsministeriums tätigen.* Ich will gar nicht hinzufügen, dass das ein sehr korruptionsanfälliges System ist, wenn jeder Buchhalter jeder höheren Bildungseinrichtung, inklusive der Kollegs und Berufsschulen, quartalsweise ins Bildungsministerium fährt, um vom zuständigen Beamten einen Stempel auf seine Berichte zu bekommen. Außerdem fehlt den Universitäten ein finanzieller Ansporn für Qualität, nur Quantität von Studenten bringt ihnen Geld. Solange wir das nicht lösen können, liegt unser „Reformschiff“ bewegungslos vor Anker und kommt nicht vorwärts.



Die Definition des Begriffs Inklusion wird in der Ukraine sehr eng gefasst – er betrifft ausschließlich Menschen mit Behinderungen und Waisen. Aber wer kümmert sich zum Beispiel um „soziale Waisen“, deren Eltern im Ausland arbeiten?

Natürlich fehlt das Geld, aber zumindest in den zivilgesellschaftlichen Kreisen, in denen ich mich bewege, herrscht ein gewisser Konsens: keine zusätzlichen Finanzierungen, solange nicht eine ordentliche Vorbereitungsphase für diese ersten Investitionen durchlaufen wurde.

Das Gleiche gilt für die Primär- und Sekundarbildung. Die Qualität wird sich nicht verbessern, solange der gordische Knoten rund um die Schließung der Einklassenschulen nicht gelöst ist und solange die Regionalverwaltungen das Schulnetz nicht so weiter ausbauen, dass der Zugang leichter wird und die Qualität steigt. Schulen werden nur dann geschlossen, wenn es keine andere Wahl mehr gibt und das bedeutet wiederum nicht, dass in jener Schule, in die man dann wechselt, das Bildungsniveau ausreichend und zufriedenstellend ist.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Inwieweit steigt die Qualität in der Bildung? Können die besten Lehrer gewonnen werden? Gibt es Inklusion in der Bildung? *Die Definition des Begriffs Inklusion wird in der Ukraine sehr eng gefasst – er betrifft ausschließlich Menschen mit Behinderungen und Waisen. Aber wer kümmert sich zum Beispiel um „soziale Waisen“, deren Eltern im Ausland arbeiten?* Diese Gruppe braucht eine ganz andere Art der Aufmerksamkeit, weil sie nicht immer materiell benachteiligt ist – vielleicht sogar ganz im Gegenteil, wenn die Eltern Geld überweisen. Aber nicht immer wird das Geld für die Bildung der Kinder ausgegeben. Ist die Regierung bereit, die Primär- und Sekundarbildung so zu reformieren, dass sie an Qualität gewinnt? Solange die Finanzierungsfrage nicht geklärt ist, ändert sich die Bildungsqualität nicht. Finanzielle Anreize sind der stärkste Reformantrieb.

Das heißt, es geht nicht einmal um die Geldmenge, richtig? Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärte unlängst auf einer Reformkonferenz in London: „Das neue Bildungsgesetz, das heißt das neue Bildungssystem, wird unser Land 3 Milliarden Dollar kosten. Da stellt sich die Frage, ob wir uns das mit Blick auf unsere wirtschaftlichen Probleme, die wir seit einem Jahrzehnt angehäuft haben, leisten können.“

Die Instrumente und Gelder müssen effektiver eingesetzt werden. *Natürlich fehlt das Geld, aber zumindest in den zivilgesellschaftlichen Kreisen, in denen ich mich bewege, herrscht ein gewisser Konsens: keine zusätzlichen Finanzierungen, solange nicht eine ordentliche Vorbereitungsphase für diese ersten Investitionen durchlaufen wurde,* das heißt, solange nicht qualifizierte Leute eingesetzt werden, die diese Gelder effektiv einsetzen; solange kein Anreizsystem aufgebaut wird, damit das Geld auch so verwendet wird, wie es die Reform vorsieht. Momentan ist weder die Zivilgesellschaft darauf vorbereitet, die Schritte und Entscheidungen der Regionalverwaltungen zu kontrollieren, noch verstehen die Regionalverwaltungen, was zu tun ist. Es muss gar kein böser Hintergedanke im Spiel sein. Es reicht schon, wenn man den Status quo gerne beibehalten möchte. Besser nichts unternehmen, besser niemanden entlassen. Wie soll das auch gehen, wenn die Hälfte der Abgeordneten in den Regionalparlamenten Schullehrer ist?



Mit dem Kampf für „akademische Integrität“ konzentrieren wir uns auf etwas Zweitrangiges.

Die fehlende „akademische Integrität“ ist eine Folge gesunkener Qualitätsstandards, der Unterfinanzierung dieses Sektors und anderer chronischer Probleme der Hochschulbildung in der Ukraine. Wenn wir diese Probleme lösen, wird die Frage nach der „akademischen Integrität“ nicht mehr auf der Tagesordnung sein.

Für eine erfolgreiche Kommunikation der Reformen braucht man Finanzmittel. Förderungen erhalten Think Tanks allerdings viel leichter für die Ausarbeitung eines Gesetzes sowie dessen Implementierung als für die Aufklärungsarbeit in den Regionen.

Der Terminus „akademische Integrität“ wurde 2015 eingeführt. Worin unterscheidet er sich vom Begriff des Plagiats? Hat die Einführung dieses Begriffs die Situation im Bereich Bildung verbessert?

*Mit dem Kampf für „akademische Integrität“ konzentrieren wir uns auf etwas Zweitrangiges. Sehen wir uns die studentischen Abschlussarbeiten an, zum Beispiel die Magisterarbeiten. Die Regierung hat gesagt: „Ein Plagiat ist schlecht. Ein Plagiat ist, wenn die Anführungszeichen fehlen, und ihr, die Universitäten, müsst dagegen ankämpfen“. Die Universitäten antworteten „Ja.“ und erfanden den uneindeutigen Ausdruck „prozentuelle Einmaligkeit“, der besagt: „Aha, wenn soundso viel eigener Text dabei ist, ist es auch ok, wenn ein kleiner Teil davon plagiiert ist. Genehmigt.“ Aber es gibt da einen ganzen Berufszweig, in dem auch Lehrer arbeiten, die auf Bestellung Diplomarbeiten schreiben. Es gibt so viele Annoncen für Seminar- und Diplomarbeiten! Für 2.000 (umgerechnet ca. 70 Euro) bis 4.000 Hrywnja (umgerechnet ca. 130 Euro) kann man eine Arbeit kaufen und abgeben, die aus Sicht der „akademischen Integrität“ perfekt ist – alle Anführungszeichen sind gesetzt, alle Quellen zitiert, das Kriterium der „Einmaligkeit“ eingehalten, aber im Kern ist das ein Unsinn. Daher lautet meine Schlussfolgerung: *Die fehlende „akademische Integrität“ ist eine Folge gesunkener Qualitätsstandards, der Unterfinanzierung dieses Sektors und anderer chronischer Probleme der Hochschulbildung in der Ukraine. Wenn wir diese Probleme lösen, wird die Frage nach der „akademischen Integrität“ nicht mehr auf der Tagesordnung sein.* Wenn ein Student seine Arbeit vor einer Kommission verteidigt, die diese auch wirklich gelesen hat, er zwei tatsächliche Gutachter hat und zwei Betreuer, einen von seiner Universität und einen aus der Wirtschaft, dann wird es für Plagiate meiner Meinung nach viel weniger Platz geben.*

Sie sagen, es gibt viele Probleme mit der Qualität, der Systemhaftigkeit und der Logik der Reformen. Wie wird die Bildungsreform eigentlich an die Bevölkerung kommuniziert?

Für eine erfolgreiche Kommunikation der Reformen braucht man Finanzmittel. Förderungen erhalten Think Tanks allerdings viel leichter für die Ausarbeitung eines Gesetzes sowie dessen Implementierung als für die Aufklärungsarbeit in den Regionen. Ein Gesetz wird verabschiedet und daraufhin die Zivilgesellschaft beauftragt zu überprüfen, wie das Gesetz umgesetzt werden soll. Aber die Beamten lehrt niemand, wie sie das Gesetz anwenden sollen, und folglich schert sich niemand darum, sich daran zu halten. Ein schönes Beispiel ist das Gesetz „Über den Zugang zu öffentlichen Informationen“, das für alle soziale Bereiche von Bedeutung ist, von dem aber immer noch nicht viele in der Bevölkerung wissen, dass es dieses Gesetz gibt oder wie sie es anwenden können.

Als Think Tank bekommen wir bei unseren Umfragen zu verschiedenen Themen ein Drittel der Fragen unbeantwortet zurück. Viele Leute antworten nicht, nicht weil sie uns was Schlechtes wollen, sondern weil sie den



Die Förderung ist sehr oft auf die Regierung in Kiew ausgerichtet, aber wir sind in einer Phase, in der man die Entwicklung auf lokaler und institutioneller Ebene unterstützen sollte. Das betrifft übrigens auch die Denkfabriken.

2014 wurde der Zusammenbruch der Hochschulbildung verhindert, indem das Gesetz „Über die Hochschulbildung“ beschlossen wurde.

Wie sieht die Lage jetzt aus? Die Zentralisation wurde abgebaut. Früher hat das Ministerium alles entschieden, sogar die Kurslisten und -programme, nun liegt das in der Zuständigkeit der Lehrenden und der Universitäten.

Sinn der Sache nicht begreifen. Oft, wenn wir eine Befragung durchführen und um eine Mailingliste ohne Namen bitten, wird uns gesagt, dass dies persönliche Daten seien. Wie sollen wir aber soziologische Befragungen durchführen und mit Akteuren kommunizieren, wenn wir bei denen nicht einmal anklopfen können?

Um auf den ursprünglichen Gedanken zurückzukommen: *Die Förderung ist sehr oft auf die Regierung in Kiew ausgerichtet, aber wir sind in einer Phase, in der man die Entwicklung auf lokaler und institutioneller Ebene unterstützen sollte. Das betrifft übrigens auch die Denkfabriken.* Es gibt jetzt eine viel größere Nachfrage nach der Arbeit von Think Tanks in den Regionen und diese Think Tanks müssen unterstützt werden.

Wie hat sich die Situation nach der Verabschiedung des Gesetzes „Über die Hochschulbildung“ verändert. Gibt es positive Entwicklungen?

Das 2014 beschlossene Gesetz „Über die Hochschulbildung“ wurde unter aktiver Einbindung der Zivilgesellschaft, vor allem von CEDOS, erarbeitet. Mit dem Gesetz wurde eine Reihe wesentlicher Neuerungen eingeführt: Zulassung zu höheren Bildungseinrichtungen nur nach einer externen Beurteilung der Abiturienten, akademische Mobilität durch die Einführung des Bologna-Systems sowie Autonomie für höhere Bildungseinrichtungen und eine Berichtspflicht dieser Einrichtungen über ihre Finanzen und die Wahl der Rektoren, Dekane und Lehrstuhlleiter.

2014 wurde der Zusammenbruch der Hochschulbildung verhindert, indem das Gesetz „Über die Hochschulbildung“ beschlossen wurde. Aber die Umsetzung des Gesetzes ist ins Stocken geraten: erstens, weil bestimmte Teile des Gesetzes falsch formuliert wurden; zweitens, weil die Budgetregeln und der Steuerkodex bis heute nicht mit dieser Hochschulbildungsreform synchronisiert wurden; und schließlich deshalb, weil auf institutioneller Ebene viele Personen für die Umsetzung der Reform nicht vorbereitet waren.

Man muss sich also bewusst sein, dass wir mit der Reform 2014 gerade so „die Kurve gekratzt haben“. Es gab zu dem Zeitpunkt keine andere Möglichkeit. Das Problem liegt im übermäßig zentralisierten System und darin, dass sich viele Prozesse im Bereich Bildung vom Bildungsministerium abhängen. *Wie sieht die Lage jetzt aus? Die Zentralisation wurde abgebaut. Früher hat das Ministerium alles entschieden, sogar die Kurslisten und -programme, nun liegt das in der Zuständigkeit der Lehrenden und der Universitäten.* Das ist schon mal gut, weil die Studenten auch anfangen werden, Qualität einzufordern, wenn ihnen das klar wird. Wenn sich die Universitäten dies vor Augen halten, werden sie sich damit befassen, wie sie die neuen Programme gestalten können. Das ist ein großes Plus, weil es an einzelnen Universitäten bereits jetzt viele Beispiele für solche Programme gibt, die dem europäischen Standard entsprechen. Nicht nur die Programme der Mohyla-Akademie in Kiew und der Katholischen Universität in Lwiw werden oft genannt. Es gibt auch Beispiele aus Saporischja, Charkiw, Sumy,



Wir haben die Fesseln, die alles eingeschränkt, standardisiert und reguliert haben, abgeworfen und das bringt nun die ersten Erträge hervor.

Außerdem führen wir spezifische Projekte an der Schnittstelle von Migration und Bildung durch, wie zum Beispiel das folgende einmalige Projekt: Wir sind die einzigen, die Daten über die Studentenbewegungen ins Ausland erheben.

Wir sehen im Projekt zur Untersuchung ukrainischer Studenten im Ausland eine große Chance, weil wir damit der ukrainischen Regierung zeigen können, wie viel Potential in Form der emigrierenden Studenten sie jährlich verliert.

Tscherniwzi und sogar aus kleineren Städten wie Ostrih und Ismajil. *Wir haben die Fesseln, die alles eingeschränkt, standardisiert und reguliert haben, abgeworfen und das bringt nun die ersten Erträge hervor.*

Welche Projekte macht CEDOS noch? Gibt es auch andere Arbeitsschwerpunkte?

Wir untersuchen zum Beispiel die Verbindungen der Diaspora mit der Ukraine, Arbeitsmigranten (hier vor allem die Geldüberweisungen, die in die Ukraine getätigt werden) und die Binnenmigration (die „internally displaced persons“ und die Politik ihnen gegenüber).

Außerdem führen wir spezifische Projekte an der Schnittstelle von Migration und Bildung durch, wie zum Beispiel das folgende einmalige Projekt: Wir sind die einzigen, die Daten über die Studentenbewegungen ins Ausland erheben. In welche Länder gehen ukrainische Studenten für ihr Studium, welche Fächer und Spezialisierungen wählen sie dort, gehen sie an staatliche oder private Universitäten, haben sie ein Stipendium oder nicht, inwieweit ist ihre Entscheidung mit anderen Migrationsformen verbunden (erfolgt diese im Rahmen einer Familienzusammenführung oder geht es um die Suche nach einer besseren Hochschulbildung etc.)? Wir führen gerade eine große Studie mit Unterstützung des Visegrad Fund durch. Es ist uns gelungen, Partner in diesen Ländern zu gewinnen, wo Ukrainer eine der größten studentischen Migrantengruppen bilden. Übrigens würden wir auch sehr gerne Partner in Deutschland finden, um eine solche Untersuchung über ukrainische Studenten an deutschen Universitäten durchzuführen. Es gibt Grund zur Annahme, dass sich die Motivation und die Zukunftspläne der Studenten in Polen und Deutschland beispielsweise merklich unterscheiden.

Wir sehen im Projekt zur Untersuchung ukrainischer Studenten im Ausland eine große Chance, weil wir damit der ukrainischen Regierung zeigen können, wie viel Potential in Form der emigrierenden Studenten sie jährlich verliert und dass es sich lohnen würde, die Politik des Ministeriums für Äußere Angelegenheiten, des Vizepremiers für europäische Integration und des neu gegründeten „Ukrainischen Instituts“ darauf auszurichten, diese Studenten in irgendeiner Form einzubeziehen. Neben den Geldüberweisungen in die Ukraine hat Migration nämlich auch soziale Effekte. Eine Person, die sich im Ausland aufhält, gibt die dort herrschenden alltäglichen Lebensgewohnheiten und Bürgerkompetenzen an die eigene Familie im Heimatland weiter, sei es im Finanz- oder Gesundheitsbereich. Eine Person aus dem Ausland wird andere Gesundheitstipps geben und der Informationsradius dieser Person ist etwas größer. Man nennt das „soziale Überweisungen“, die auch einen Einfluss auf das Leben der Menschen in der Ukraine haben. Je mehr wir solche Leute in ihre Heimatgemeinden und Familien einbeziehen, desto mehr „soziale Überweisungen“ gewinnen wir. Solche feinen Nuancen sind schwer zu fassen, aber sie existieren zweifelsohne.



Die größte Herausforderung für die ukrainische Expertengemeinde ist das Personal. Man findet nur schwer qualifizierte Arbeitskräfte, man muss viele Ressourcen in sie investieren und dann geben sie die Arbeitsstelle vielleicht schon bald wieder auf.

Die Finanzen sind das nächste Problem. Alle wissen, dass Denkfabriken von Geldgebern finanziert werden, aber der Staat hat weiterhin ein geradezu mickriges Interesse, Think Tanks zu fördern.

Man muss einen Fonds gründen, dem es erlaubt ist, Gelder nicht nur aus dem staatlichen Budget zu akkumulieren, sondern auch aus anderen Quellen.

Mit welchen Hauptherausforderungen sieht sich die ukrainische Expertengemeinde konfrontiert? Können sich ukrainische Think Tanks den Herausforderungen, vor denen die Ukraine und die Welt stehen, stellen?

Die größte Herausforderung für die ukrainische Expertengemeinde ist das Personal. Man findet nur schwer qualifizierte Arbeitskräfte, man muss viele Ressourcen in sie investieren und dann geben sie die Arbeitsstelle vielleicht schon bald wieder auf. Ehrlich gesagt ist es in der Ukraine bis heute schwierig, einen Analytiker zu finden, der zumindest für den Berufseinstieg gut ausgebildet ist. Wir sehen uns mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert. Man muss gute Leute zuerst „aufziehen“ und ihnen die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Am Ende wechseln sie dann vielleicht die Arbeitsstelle, weil sie konkurrenzfähiger geworden und aus dem Gehaltsschema, das die Denkfabriken anbieten können, „herausgewachsen“ sind. Viele wechseln dann in die Privatwirtschaft, die ja auch Analytiker benötigt, vor allem im Marketing oder im Banken- und Investmentsektor. Das Einkommen ist dort um vieles höher.

Die Finanzen sind das nächste Problem. Alle wissen, dass Denkfabriken von Geldgebern finanziert werden, aber der Staat hat weiterhin ein geradezu mickriges Interesse, Think Tanks zu fördern. Eine riesige Geldsumme, hunderte Millionen Hrywnja, wird praktisch für Untersuchungen und Policy-Analysen aufgewendet. Das wird alles nicht ausgeschrieben, erreicht keine Öffentlichkeit und zählt nicht als Zukauf von Dienstleistungen, sondern einfach als staatliche Finanzierung zahlreicher staatlicher Einrichtungen. Ich verstehe natürlich, dass wir als Denkfabrik nicht die gleiche Finanzierung wie die Akademie der Wissenschaften im Bereich der Grundlagen- und angewandten Forschung zu beanspruchen brauchen, wo Ingenieure und Naturwissenschaftler arbeiten. Wir wollen doch nicht darum konkurrieren, wer die Untersuchungen im Kernreaktor in Charkiw durchführen darf. Es geht darum, dass ukrainische Ministerin über 30 verschiedene Institute verfügen, die public policy analysieren. In der Akademie der Wissenschaften gibt es die Abteilung für Geisteswissenschaften und Soziologie, das Soziologische Institut, das Demografische Institut und die Pädagogische Akademie, für welche 2017 167 Millionen Hrywnja (umgerechnet ca. 5.570.000 Euro) vorgesehen sind, sowie die Akademie der Rechtswissenschaften, für die 27 Millionen Hrywnja (umgerechnet ca. 900.000 Euro) eingeplant sind. *Man muss einen Fonds gründen, dem es erlaubt ist, Gelder nicht nur aus dem staatlichen Budget zu akkumulieren, sondern auch aus anderen Quellen.* Das ist in der Reform der (Technik-)Wissenschaften tatsächlich so angedacht, die Think Tanks schenken dieser nur keine Aufmerksamkeit. Das müssen wir aber: Die Umsetzung der Reform verfolgen, sich einbringen, die eigenen Interessen lobbyieren und alles Mögliche tun, damit wir als Resultat öffentliche Förderausschreibungen für Policy-Analysen erreichen. Ich glaube, es muss in jedem Fall eine Verbindung zur Direktorsreform hergestellt werden. Für jedes Ministerium ist jetzt ein Direktorat geplant, das heißt, es wird eine komplett neue Abteilung gegründet, die für die Ausarbeitung von Policy-Papieren verantwortlich sein



Die Geldgeber, die in der Ukraine aktiv sind und hier arbeiten, müssen endlich, wie auch immer man das nennen will – eine Plattform, ein Konsortium, ein Forum – also kurzum einen Mechanismus ausarbeiten, mithilfe dessen sie ihre Aktivitäten koordinieren können.

Vergleichbare Schwierigkeiten wie nach der deutschen Wiedervereinigung, als der Osten Deutschlands „aufholen“ musste, haben wir jetzt in bestimmten Regionen der Ukraine.

Deshalb kann man am Beispiel Deutschlands bestimmte Ansätze für die Schulbildung finden, die auch für uns in der Ukraine sinnvoll erscheinen.

wird. Die Think Tanks müssen sich eine Nische suchen, um nicht dasselbe Tätigkeitsfeld abzudecken wie die Direktorate.

Können Geldgeber außer über die Finanzierung auf die Bildungsreform einwirken?

Ja, sie können, aber sie müssen sich abstimmen. *Die Geldgeber, die in der Ukraine aktiv sind und hier arbeiten, müssen endlich, wie auch immer man das nennen will – eine Plattform, ein Konsortium, ein Forum – also kurzum einen Mechanismus ausarbeiten, mithilfe dessen sie ihre Aktivitäten koordinieren können.* Wir beobachten schon zum x-ten Mal, dass Geldgeber an verschiedenen Strängen ziehen. Sie alle eint augenscheinlich der Wille, die Ukraine zu reformieren, aber in der Realität schaden sie einander nur. Man findet zum Beispiel neu renovierte Schulen, die aufgrund der demografischen Entwicklungen in einigen Jahren Einklassenschulen sein werden. Am Ende vergibt also ein Geldgeber die Förderung für neue Räumlichkeiten, während ein anderer jene Reform unterstützt, mit der diese Schule zur Schließung gezwungen wird. Die fehlende Koordination der Aktivitäten der Geldgeber führt dazu, dass wir an in vielen Bereichen ins Schleudern geraten. Ich verstehe, dass eine Abstimmung zwischen Geldgebern und der Regierung aus politischen Gesichtspunkten nicht möglich ist, aber eine Abstimmung unter den Geldgebern selbst muss doch irgendwie zu erreichen sein.

Unter Berücksichtigung aller Probleme, die es im ukrainischen Bildungssektor gibt: In welchem Land gab oder gibt es Ihrer Meinung nach eine ähnliche Situation und wessen Bildungspolitik wäre gemessen an den Bedingungen, Bedürfnissen und Realitäten des Landes auch für die Ukraine geeignet?

Es wundern sich immer alle, wenn ich hier das Schulsystem in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung oder in Portugal nenne. Viele blicken nach Polen, Finnland, Singapur oder Südkorea. Was in Portugal mit den Einklassenschulen passiert ist, ist mit der Situation in der Ukraine fast identisch. *Vergleichbare Schwierigkeiten wie nach der deutschen Wiedervereinigung, als der Osten Deutschlands „aufholen“ musste, haben wir jetzt in bestimmten Regionen der Ukraine.*

Andreas Schleicher, der Erfinder der PISA-Tests, hat der deutschen Regierung vor Augen geführt, wie regional unterschiedlich tatsächlich der Zugang zu guter Schulbildung vor allem im Vergleich von West- und Ostdeutschland ist. Dafür hat er Deutschland mit anderen Ländern verglichen. Die Deutschen waren vom hohen Qualitätsniveau ihrer Bildung überzeugt und ließen keine Zweifel daran aufkommen. Schleicher hat hart daran gearbeitet, in der deutschen Regierung alle davon zu überzeugen, dass es einer Bildungsreform bedarf, vor allem im Bereich der Lehrerweiterbildung, der Lehrerrotation etc. *Deshalb kann man am Beispiel Deutschlands bestimmte Ansätze für die Schulbildung finden, die auch für uns in der Ukraine sinnvoll erscheinen.*



Polen wird traditionell herangezogen, weil es aufgrund unterschiedlicher Parameter am einfachsten mit der Ukraine zu vergleichen ist: Ehemals Teil des sozialistischen Blocks ist die Bevölkerung mit der ukrainischen vergleichbar. Das Phänomen der Migration vom Dorf in die Stadt gibt es in beiden Ländern ebenso wie einen demografischen Einschnitt, weil die Bevölkerung in den 1990ern aufgrund der riesigen Finanzkrise Angst hatte, Kinder zu bekommen. Wir haben einen ziemlich verengten Blick auf bestimmte Länder, die mit der Ukraine seit langem zusammenarbeiten, mit ihr befreundet sind und sie unterstützen. Aber wir müssen unser Blickfeld erweitern.